



Heute mit
STELLEN-ANZEIGER

Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Dienstag
12. Mai 2015

123. Jahrgang Nr. 108
Fr. 3.60, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich



FC Bayern
Autor Axel Hacke
mag den Münchner
Grössenwahn.
46, 47, 48

«Satisfaction»
Im Jahr 1965 schien
viele leicht und
unschuldig.
25

Körperbilder
Janine Heer erhielt
einen Preis für eine
Schädelzeichnung.
15

Autopilot
Steigen Sie mit dem
TA ins fahrerlose
Auto - ab 10.30 Uhr.
tagesanzeiger.ch

Kasachstan-Affäre: Lobbyistin verliert Bundeshaus-Zugang

Marie-Louise Baumann muss den Badge zurückgeben.
Generell wird das Zutrittssystem infrage gestellt.

Iwan Städler und Daniel Foppa

Der Fall Markwalder zeigt erste konkrete Folgen: Die Lobbyistin, die FDP-Nationalrätin Christa Markwalder als Informationslieferantin und Vorstossesreinerin einspannte, verliert ihren Zugang zum Bundeshaus. Bis anhin nutzte Marie-Louise Baumann von der PR-Agentur Burson-Marsteller einen Badge der Aargauer FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger. Diese verlangte ihn jedoch gestern zurück. Nach all dem, was in der Kasachstan-Affäre um Baumann und Markwalder geschehen sei, könne sie nicht mehr dahinterstehen.

Eichenberger hat generell genug vom Reputationsrisiko mit den Zutrittsausweisen. «Da nicht absehbar ist, wie sich die Diskussion ums Lobbying weiterentwickelt, habe ich beide Badges zurückgezogen», sagt sie. So verliert auch Daniel Heller von Farnar Consulting den Zugang. Er erfuhr durch den TA davon, sieht sich aber durch den Verlust nicht sonderlich in seiner Arbeit beeinträchtigt. Marie-Louise Baumann wollte sich gestern nicht äussern.

Die Kasachstan-Affäre stellt den Zugang von Lobbyisten zum Bundeshaus einmal mehr infrage. Für viele ergibt das Göttisystem, bei dem jeder Parlamentarier zwei Badges vergeben darf, keinen Sinn mehr. 20 National- und Ständeräte verzichten denn auch darauf, solche Ausweise zu vergeben.

Die FDP hat derweil Baumann und Burson-Marsteller aufgefordert, alle Dokumente im Zusammenhang mit der Affäre offenzulegen. Zudem hat die Partei ihren Nationalrat Walter Müller gerügt, weil er sich zu einer PR-Reise nach Kasachstan einladen liess. Auf Geheiss der FDP zahlt Müller nun Reisekosten von rund 2100 Franken nach. Weiter hat die FDP ihre Fraktionsmitglieder aufgefordert, bei der Zusammenarbeit mit Burson-Marsteller «höchste Zurückhaltung an den Tag zu legen». Davon unbeeindruckt gibt sich der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen: Sein Badge geht weiterhin an Lebenspartnerin und Burson-Marsteller-Mitarbeiterin Alexandra Thalhammer, und auch seinen Wahlkampf lässt er von der Agentur führen. *Kommentar Seite 2, Berichte Seite 3*

Pensionskassen müssen wegen Tiefzinsen mehr riskieren

Die zweite Säule gerät erneut ins Wanken. Der sogenannte dritte Beitragszahler, der Finanzmarkt, leistet je länger, je weniger Beiträge an die berufliche Vorsorge. Anlagen zu einem angemessenen Risiko zu finden, wird immer schwieriger. Der Anlagenotstand und der Zwang zur Finanzierung hoher Rentenversprechen zwingen Pensionskassen, immer mehr Risiken einzugehen - und etwa in Hedgefonds und Infrastruktur im Ausland zu investieren.

«Der aktuelle Anlagenotstand ist eine unbestrittene Tatsache. Es wird momentan immer schwieriger, mit angemessenem Risiko die erwartete Rendite zu erreichen», sagt Urban Hodel, Geschäfts-

führer des PK-Netzes 2. Säule, einer gewerkschaftlich orientierten Arbeitnehmervertretung. Allerdings hätten bis dato die Vorsorgeeinrichtungen real immer noch positive Renditen erwirtschaftet. «Sollte der jetzige Zustand noch lange andauern, wird das Kapitaldeckungsverfahren tatsächlich infrage gestellt.»

Für Othmar Simeon, Leiter von Swisscanto Vorsorge, ergibt das Kapitaldeckungsverfahren «trotzdem Sinn». Der Aufbau des Alterskapitals und damit der Altersrente erfolge über viele Jahre. «Da wechseln sich gute und schlechte Anlagejahre ab.» Das Hauptproblem liege bei fest zugesicherten laufenden Renten. *(val) - Seite 37*

Eine Partei ist sich nicht mehr grün



Die Grünen waren die grossen Verlierer der Zürcher Wahlen vor einem Monat. Vor den nationalen Wahlen treten nun in der Kantonalpartei Streitereien und Grabenkämpfe zutage, die offenbar schon länger andauern. Mitglieder klagen über den autoritären Führungsstil der Geschäfts- und Parteileitung. Wer in der Gunst des inneren Zirkels stehe, werde gefördert, andere würden abgekanzelt.

Zu «Problemen» kam es etwa in der Kreispartei 4/5 in Zürich im Vorfeld der Wahlen, wie Christoph Hug, Präsident der Stadtzürcher Grünen, bestätigt. Luca Maggi versuchte dort vergeblich, den ersten Platz auf der Parteiliste für den Kantonsrat auf Kosten von Gabi Petri zu erobern. Zu diesem Zweck nahmen laut Insidern an jener Versammlung ein Mann, der nicht Parteimitglied war, so-

wie einer unter falschem Namen teil. In der Folge erhielt die Kreispartei keinen Auftritt im kantonalen Wahlprospekt. Streit gab es nach den Wahlen auch um die Vergabe von Kommissionssitzen.

Wie Daniel Vischer im TA-Interview sagt, tritt er im Herbst nach zwölf Jahren nicht mehr als Nationalrat an, «um einen würdelosen Kampf zu vermeiden». *(TA) Interview und Berichte Seite 13, 15*

Service

Wetter	10	Fernsehprogramme	30
Leserbriefe	11	Veranstaltungen	32
Stellenanzeiger	18	Rätsel	35
Todesanzeigen	22	Börse	41

Abo-Service 044 404 64 64

www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41

(Mo-Fr 8-12 und 13-17 Uhr), www.adbox.ch,
inserate@tages-anzeiger.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21,
8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch/news@newsnet.ch



Kommentare & Analysen

«Der automatische Datenaustausch sorgt für Panik in besten Schweizer Kreisen.»

Constantin Seibt über den Ruf nach Amnestie für Schwarzgeld. - Seite 9

Keine Verlegerin hat eine Spürnase für das Wertvolle im Übersehenen wie Sabine Dörlemann. - Seite 29

Auch Schweizer waren beteiligt am mörderischen Kolonialismus des 19. Jahrhunderts. - Seite 8

Heute

Im Ausland braucht es zur neuen SBB-Chipkarte ein Zusatzbillett

Der Swiss Pass, mit dem die SBB die Halbtax-Abos und Generalabonnemente ablösen werden, soll das Reisen vereinfachen. Für Fahrgäste, die unterwegs die Schweiz verlassen, wird das Zugfahren aber komplizierter: Sie brauchen künftig neben der neuen Chipkarte noch eine Rabattkarte. - Seite 4

Kerry besucht Putin zu Gesprächen über die Ukraine

US-Aussenminister John Kerry reist erstmals seit zwei Jahren nach Russland, wo er heute mit Präsident Wladimir Putin über die Ukraine-Krise beraten will. Kerry will sich zudem mit seinem Amtskollegen Sergei Lawrow treffen. In dem ein Jahr andauernden Konflikt wurden mehr als 6100 Menschen getötet. - Seite 6

Grippewelle hat Anfang 2015 zu mehr Todesfällen geführt

Zwischen der zweiten und der zwölften Woche dieses Jahres ereigneten sich aufgrund der Grippewelle in der Schweiz geschätzte 17 Prozent Todesfälle mehr als erwartet - dies entspricht 2200 Todesfällen. Die erhöhte Sterblichkeit betrifft ausschliesslich Menschen im Alter von über 65 Jahren. - Seite 36

Experten prüfen Crash-Sicherheit der Unglückszüge von Stadler Rail

Am vergangenen Mittwoch kollidierten in der österreichischen Steiermark zwei Züge der Schweizer Firma Stadler Rail. Zwei Menschen starben bei dem Unglück. Eine Untersuchung soll nun den Verdacht überprüfen, ob beim Zusammenprall der beiden Züge der Crash-Schutz versagt hat. - Seite 39

Würenlingen: Täter war erst vier Tage frei

Der 36-Jährige, der Samstagnacht in Würenlingen AG eine Bluttat beging, war auch an seinem Wohnort Reichenburg SZ negativ aufgefallen. Der türkischstämmige Schweizer lebte mit seiner Frau und drei Kindern in der Eigentumswohnung seines Bruders und verhielt sich gegenüber der Nachbarschaft aggressiv. Er war erst am Mittwoch vor der Tat aus der fürsorglichen Unterbringung entlassen worden - vier Tage später erschoss er Schwiegereltern, Schwager, einen Nachbarn und sich selbst. Ob die Rückkehr in die verlassene Wohnung - auch Frau und Kinder sind fürsorglich untergebracht - Auslöser für die Bluttat gewesen war, ist nicht bekannt. *(hoh) - Seite 12*

Seite Zwei



Kommentar Res Strehle,
Chefredaktor, über die neue
Wendung im Fall Markwalder.

Kleiner Skandal, grosse Lehren

Der Fall um die FDP-Politikerin Christa Markwalder wird nicht in die Annalen der grossen Schweizer Politskandale eingehen. Der Schaden ist nach allem, was bisher bekannt ist, tragbar: die Glaubwürdigkeit einer ansonsten integren FDP-Nationalrätin vorübergehend ramponiert, ihre Wahl ins repräsentative Nationalratspräsidium gefährdet. Es wird sich notfalls eine Alternative finden lassen, fundamentale Staatsgeheimnisse sind nicht verraten worden, und auch sonst sind keine Opfer erkennbar über die ohnedies beachtliche Opferspur in Kasachstan hinaus.

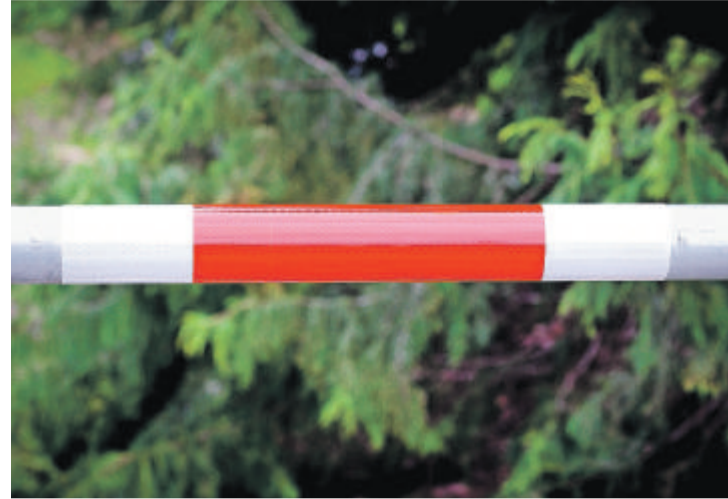
Und doch sollten die Lehren aus dem Fall Markwalder gross sein: Die Aargauer Nationalrätin Corina Eichenberger hat gestern einen Anfang gemacht und ihre beiden Zutrittsbadges für Lobbyisten zurückgezogen, unter ihnen jenen für die federführende Lobbyistin im Fall Kasachstan. FDP-Präsident Philipp Müller vergibt seine schon gar nicht, weil ihm das Risiko eines Reputationsschadens zu hoch ist. Mitgegangen, mitgehangen - das hat die FDP aus den Wirtschaftsskandalen der Vergangenheit gelernt.

Jetzt müsste auch die PR-Branche noch ihre Lehren ziehen: Lobbying ist in der Schweiz eine der letzten verbliebenen Dunkelkammern. Da lassen es Politiker zu, dass ihnen interessenabhängige Experten Texte für Interpellationen formulieren. Da gewährt man den umtriebigen Vertretern dieses Berufsstands mit dem freien Zugang zum Bundeshaus Sonderrechte, die man sonst nur Personen seines höchsten Vertrauens gibt. Da hält man deren Tätigkeit für unverzichtbar, weil die Vorlagen immer komplexer werden. Als ob es Einsichten frei von Interesse gäbe.

Und weil man im Dunkeln rascher Gespenster sieht, ranken sich um Lobbyisten die letzten grossen Verschwörungstheorien wie sonst nur noch um Geheimdienste. Mächtige Gruppierungen steuern demnach Politik und Medien fern, die Demokratie wird ausgehebelt. Dagegen gäbe es ein einfaches Mittel: Die Branche soll sich endlich strenge Regeln geben und sie überwachen. Ein Standesgremium wie der Presserat für die Medien, das die Einhaltung der Regeln anmahnt, ist ihr dringlich zu empfehlen.

blogs.tagesanzeiger.ch

Outdoorblog Wenn es plötzlich nicht mehr weitergeht - Von Liliane Minor



Durchgang verboten: Weshalb immer so alternativlos? Foto: Ido Jarosova

Wer öfters im Wald unterwegs ist, kennt das Phänomen: Man wandert, joggt, spaziert, hündelt oder radelt ganz unschuldig vor sich hin. Und plötzlich versperrt ein rot-weisses Etwas den Weg. So jetzt gerade wieder am Uetliberg, weil ein Weg abgerutscht ist. Viel öfter aber passiert es im Winter, bevor die Bäume so richtig im Saft sind. Wenn Holz geschlagen wird. Oder wenn Treibjagd ist. Durchgang verboten. Weg gesperrt. Aha.

Wie der Esel am Berg

Das nervt. Das nervt sogar ungemäss. Natürlich hat man Verständnis für die Waldarbeiter. Die wollen ja nicht, dass einem Läufer ein Baum auf den Kopf fällt. Oder dass ein Wanderer samt Erdrutsch den Hang hinunterbollert. Und Jäger, so stellt man sich vor, wollen Rehe schiessen, nicht Biker. Kein Verständnis aber hat man für die Selbstverständlichkeit, mit der ein Weg einfach zugemacht wird ohne jede Alternative.

Wobei, vielleicht gäbe es die Alternativen ja schon. Nur kennt man sie nicht. Weil sich kein Waldarbeiter, kein Jäger die Mühe macht, die Leute zu informieren über Umleitungen oder Dauer der Sperre. Und so steht man dann da wie ein Esel am Berg. Und weiss nicht weiter. Etwa weil man keinen

Handyempfang hat. Keine Karte dabei. Immer denselben Weg geht. Oder einer ausgeschilderten Route folgt.

Wissen sie es nicht besser?

Neulich zum Beispiel fanden wir uns auf einer ausgeschilderten Biketour vor einem Verbotsschild wieder. Mit Hungerast, nach einem strengen 10-Kilometer-Anstieg, knapp zwei Kilometer vor dem rettenden Bergrestaurant. Was wir getan haben? Das, was die meisten Wanderer, Spaziergänger, Jogger, Biker in der Situation tun. Nein, wir haben keinen Umweg gesucht. Zu riskant mit Hungerast. Sie kennen das ja auf Waldwegen: Die sind meist nicht besonders logisch angelegt und kringeln sich irgendwie durch die Bäume, da hat man sich ruck, zuck verfahren. Nein, wir ignorierten das Schild grosszügig. So, wie Dutzende Spaziergänger es derzeit auch am Uetliberg tun.

Die grosse Frage ist nun: Wissen das die Waldarbeiter und Jäger nicht? Ist es ihnen egal, weil all die sport- und freizeitlustigen Leute im Wald sowieso nur stören? Oder denken sie, alle würden sich so gut auskennen wie sie? Hätten Handy und Karte dabei? Oder wollen sie ganz einfach nur sicherstellen, dass sie an einem allfälligen Unfall nicht schuld wären? Dann würde aber ein einfaches «Betreten auf eigene Gefahr» reichen.

Politblog Ich möchte, dass meine Kinder studieren - Von Andreas Pfister *

Wer heute sagt, er sehe seinen Nachwuchs an einer höheren Schule, muss sich auf eine Reihe von Fragen gefasst machen, die eigentliche Vorwürfe sind: noch so ein Rabenvater, noch so eine Tiger-Mom, die ihre Kinder ans Gymi pushen - selbstverständlich nur aus dummem Prestigedanken. Denn korrekterweise hat man nachzuschreiben: «Wenn sie es können und möchten.» Aha. Dann ist auch gleich die Rede vom Lebensglück, das natürlich unvereinbar ist mit tristem Drücken der Schulbank, und von Schulmüdigkeit als ernsthaftes Argument gegen das Gymnasium.

Liegt die Lösung etwa darin, schulumüde Kinder aus der Schule zu nehmen? Tut man das vielleicht in der Primarschule? Hört man auf mit Zähneputzen, weil das Kind keine Lust hat? Man soll aufhören, die Eltern zu deckeln. Tagtäglich suchen sie nach besten Lösungen für ihr Kind, wägen Fordern und Beschützen sorgfältig ab - schon beim Hausierer, dem Musikinstrument, der Sportart und erst recht bei der Bildung.

Bildungswille diffamiert

Der Diskurs ist strikt reglementiert, der Tenor klar: Eltern nerven. Selbstherrlich werden jene an den Pranger gestellt, die pushen statt kuschen. Dabei können einige ihre Kinder gar nicht unterstützen. Andere fürchten, ihr Fleisch und Blut zu verlieren an ein fremdes, akademisches Universum. Von jenen, die ihren Kindern bewusst Steine in den Weg legen, wollen wir gar nicht erst anfangen.

Das Elternhaus ist immer noch der zentrale Faktor bei der Wahl des Bildungswegs. Das wissen wir schon lange, vielleicht zu lange. Wir haben uns an die Ungerechtigkeiten gewöhnt, wir leben mit einer theoretischen Chancengleichheit, die faktisch nicht umgesetzt wird. Statt hier einmal mehr eine angestaubte Debatte loszutreten, muss die Frage

doch lauten: Warum ändert sich das nicht? Es ist wahr: Die Berufsmatura und die Fachhochschulen haben das Problem entschärft. Gelöst ist es aber nicht.

Die nervenden Eltern sind nicht das Problem. Das Problem ist, dass sie zum Störfaktor degradiert werden. Das ist der eigentliche Skandal: dass ihr legitimer Bildungswille diffamiert wird. Genau so funktioniert Ausschluss von Bildung. Nicht die Eltern müssen sich ändern, sondern das Bildungssystem. Der Druck aufs Gymnasium ist nicht ein Problem, sondern die Lösung. Deshalb braucht es eine neuerliche Öffnung und Demokratisierung der verschiedenen Maturen und (Fach-)Hochschulen.

Kein-Druck-Rhetorik

In den letzten Jahrzehnten hat die Gymiquote ständig zugenommen. Jetzt soll sie stagnieren oder sogar sinken. Die bisherige Erfolgsstory des sozialen Aufstiegs war jene des Arbeiterkinds, das es zu höherer Bildung gebracht hat. Was werden diese Eltern nun sagen, wenn ihren Kindern die Bildung, die ihnen ermöglicht wurde, verwehrt wird?

Wer kümmert sich um die Jugendlichen, wenn nicht die Eltern? Wer vertritt ihre Interessen in bestem humanistischem Sinn - und nicht bloss die Bedürfnisse der Wirtschaft? Man darf sich nicht täuschen lassen: Gerade Akademikereltern verbergen ihre Ambitionen gerne hinter kuschelige Kein-Druck-Rhetorik, ihre Kinder schaffen es scheinbar «zufällig» ans Gymnasium. Diesem Doppelspiel stelle ich meinen ehrlichen Wunsch entgegen, den sie vielleicht lustvoll durchkreuzen werden: Ich möchte, dass meine Kinder studieren.

* Andreas Pfister ist Gymnasiallehrer und Bildungsjournalist. Er ist Herausgeber des Sammelbands «Das Gymnasium im Land der Berufslehre» und schreibt regelmässig für die Fachzeitschrift «Gymnasium Helveticum».

Anzeige

Ihre persönliche



IM ABO LESEN UND PROFITIEREN

erhalten Sie gratis und exklusiv zum Tages-Anzeiger-Abo, 0848 848 840 oder www.tagesanzeiger.ch/abo

5. Ausgabe des Barolo & Friends Event 2015

Entdecken und verkosten Sie die exzellenten Weine aus dem Piemont:
Donnerstag, 4. Juni 2015, 17.30 – 21.30 Uhr, Zunfthaus zur Saffran, Zürich

Eine spezielle Region in einem einzigartigen Land.

Ein «Walk Around Tasting», wo Sie die besten Weine aus der traditionsreichen Küche aus dem Piemont degustieren sowie den ausgezeichneten Reis der bekannten Strada del Riso von Vercelli entdecken können. Um 18.00 Uhr und um 19.30 Uhr finden zwei Seminare statt: «Atelier Piemonte» unter der Leitung von Ursula Geiger: *Barolo & Friends; Die Königsweine schlechthin und die anderen noblen Weine aus dem Piemont, in Kombination mit dem Reis aus Vercelli.* Um 19.00 Uhr findet die **Vertikale über den Barbaresco** statt mit der Weinkellerei Baricchi di Neviglie. Referent: Nicola Mattana, Dipl. Sommelier.

Ihr CARTE BLANCHE-Angebot

Ihr vergünstigtes CARTE BLANCHE-Angebot (20% vergünstigt - Preise in CHF): CHF 15.- online (statt 20.-) / CHF 20.- Kasse (statt 25.-)

Vorverkauf

www.amiendo.com/PZNDZZY: Online einfach auf «Carte Blanche readers» klicken oder Kauf direkt bei der Billettkasse. Öffnungszeiten: ab 16.30–21.30 Uhr. Bei Bestellung/Kauf bitte Stichwort «CARTE BLANCHE» und ihre CB-Nummer angeben oder die Karte vorweisen. Die Bestellungen werden in der Reihenfolge des Eingangs verarbeitet. Abholung der Tickets bei der Billettkasse, ansonsten verfällt die Bestellung. Das Angebot ist nicht kumulierbar. Auskünfte: info@ivinidelpiemonte.com / info@ccis.ch

Informationen und Verzeichnis der teilnehmenden Weinkellereien:

www.baroloevent.com / www.ccis.ch

BAROLO & FRIENDS EVENT

DIE ECHTEN PIEMONTESEN TREFFEN SICH IN ZÜRICH

4. Juni 2015

Zunfthaus zur Saffran
Limmatquai 54, 8001 - Zürich
www.baroloevent.com

RABATT CHF5.-

25% RABATT

CAMPAIGN FINANCED PURSUANT TO CE REGULATION NUMBER 1308/13

Du bist, was du liest.

Tages-Anzeiger

Schweiz

Fall Kasachstan

«Wir sollten nicht Schlepper von Lobbyisten sein»

Andrea Caroni verteilt keine Zutrittsausweise. Auch 19 weitere Parlamentarier winken ab.

Iwan Städler

Jetzt hat auch FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger genug vom Reputationsrisiko mit den Lobbyisten. Von ihr stammte der Badge, mit dem Kasachstan-Lobbyistin Marie-Louise Baumann in der Wandelhalle ein und aus ging. Die freie Mitarbeiterin der PR-Agentur Burson-Marsteller machte von sich reden, weil sie für Christa Markwalder eine Interpellation verfasste und diese von einem kasachischen Politiker redigieren liess. Auch leitete sie vertrauliche Informationen aus der Aussenpolitischen Kommission nach Kasachstan weiter.

Baumann muss künftig ohne Zutrittsausweis zur Wandelhalle auskommen. Eichenberger hat ihn gestern aufgrund der Kasachstan-Affäre zurückverlangt. Jedes Parlamentsmitglied darf zwei solche Badges verteilen. Auch den zweiten hat die Aargauer FDP-Nationalrätin gestern zurückgefordert. Bislang nutzte ihn Daniel Heller von Farner Consulting.

Damit gesellt sich Eichenberger zur Gruppe jener Parlamentarier, die bewusst keine Zutrittsausweise verteilen. Chantal Galladé zum Beispiel sagt, sie wolle mit keiner Lobbygruppe verbandelt sein. «Das ist für mich eine Prinzipienfrage», so die Winterthurer SP-Nationalrätin. Fast monatlich werde sie von irgendeiner Organisation angefragt, ob sie ihr nicht Zutritt zur Wandelhalle verschaffen könnte. Sie sage aber immer nein, weil sie unabhängig bleiben wolle.

Weg mit dem Göttssystem

Auch bei Thomas Aeschi ist nichts zu holen. Der Zuger SVP-Nationalrat findet das Göttssystem «nicht mehr zeitgemäss». Ihm leuchtet nicht ein, warum Familienmitglieder, Freunde, persönliche Mitarbeiter und Lobbyisten alle über denselben Leisten geschlagen werden. «Überhaupt muss man sich fragen, ob in der Wandelhalle und in den benachbarten Vorzimmern lobbyiert werden soll», so Aeschi. Er vermisst einen Raum, in dem Parlamentarier ungestört und vertraulich miteinander sprechen können. Jetzt fänden solche Gespräche hinten im Nationalratssaal statt - und würden zum hohen Lärmpegel im Raum beitragen.

Andrea Caroni (FDP, AR) will die Interessenvertretung im Bundeshaus ebenfalls neu regeln, möchte die Lobbyisten aber nicht aus der Wandelhalle werfen. «Für uns Parlamentarier ist es



Parlamentarier und Lobbyisten diskutieren auf dem Balkon vor der Wandelhalle. Foto: Peter Klaunzer (Keystone)

einfacher, wenn sie vor Ort sind», sagt der FDP-Nationalrat. Das Göttssystem hält er aber für überholt. «Wir sollten nicht Schlepper von Lobbyisten sein.» Caroni verteilt denn auch keine Badges.

Vor drei Jahren reichte er eine Parla-

mentarische Initiative ein, die statt des Göttssystems eine Akkreditierung der Interessenvertreter verlangte. Die Mehrheit des Nationalrats lehnte aber ab, auch seine eigene Partei. Nebst Caroni stimmten nur zwei Freisinnige zu - dar-

unter Christa Markwalder, nicht aber Parteipräsident Philipp Müller. Jetzt sagt Müller, das Parlament müsse grundsätzlich überlegen, wie es mit der Vergabe von Zutrittsausweisen an Lobbyisten umgehen wolle. Er selbst hat noch nie einen Badge vergeben. «Sobald man dies tut, wird man mit einer bestimmten Interessengruppe in Verbindung gebracht», mahnt der FDP-Präsident.

Wer so denkt, erweist nahestehenden Organisationen keinen Gefallen. Doch Galladé sagt: «Wir sind nicht gewöhnt, um gewissen Gruppierungen einen Gefallen zu machen. Wir sind unseren Wählerinnen und Wählern verpflichtet.» Deshalb müsse man das Göttssystem abschaffen. Da hätte auch Lobbyist Heller nichts dagegen. Er plädiert dafür, dass sich Interessenvertreter wie in anderen Ländern akkreditieren. So hätte auch er wieder Zutritt zur Wandelhalle. *Kommentar Seite 2*

Die Renitenten Bei ihnen kriegt niemand einen Badge

Diese 20 National- und Ständeräte verteilen keine Zutrittsausweise:

9 FDP-Mitglieder:

NR Andrea Caroni (AR)
NR Corina Eichenberger (AG)
NR Olivier Feller (VD)
NR Gabi Huber (UR)
NR Philipp Müller (AG)
SR Raphaël Comte (NE)
SR Thomas Hefti (GL)
SR Martin Schmid (GR)
SR Georges Theiler (LU)

8 SVP-Mitglieder:

NR Thomas Aeschi (ZG)
NR Roland Büchel (SG)
NR Peter Keller (NW)
NR Hansjörg Knecht (AG)
NR Christian Miesch (BL)
NR Ernst Schibli (ZH)
NR Pirmin Schwander (SZ)
SR Roland Eberle (TG)
3 SP-Mitglieder:
NR Chantal Galladé (ZH)
SR Pascale Bruderer (AG)
SR Anita Fetz (BS)

Selbst ein Rüffel wird nur zurückhaltend erteilt

Was könnte Christa Markwalder nach ihrer Indiskretion drohen?

Martin Wilhelm

Als Kommissionsmitglieder geniessen Parlamentarier einen bevorzugten Zugang zu Informationen der Bundesverwaltung. Umgekehrt sind sie an das Kommissions- und an das Amtsgeheimnis gebunden. Das bedeutet: Was sie durch Kommissionsgeschäfte erfahren, dürfen sie nicht publik machen.

Verstossen Politiker gegen diese Vorschriften, kann dies ein Disziplinarverfahren zur Folge haben. In schweren Fällen kann sogar ein Strafverfahren gegen sie eröffnet werden. Beispiele aus der Vergangenheit zeigen aber: Schon für einen Rüffel sind die Hürden hoch.

Als Disziplinarmaßnahmen kommen ein Verweis sowie ein vorübergehender Kommissionsausschluss in Betracht. Der Entscheid liegt beim jeweiligen Rats-

büro, das unter anderem aus den Fraktionspräsidenten besteht. Ihr Spielraum ist gross, denn im Parlamentsgesetz steht lediglich, dass das Büro Disziplinarmaßnahmen aussprechen «kann». Betroffene Parlamentarier können dagegen aber Einsprache erheben: Akzeptieren sie die Disziplinarmaßnahme nicht, hat der National- oder der Ständerat das letzte Wort.

2008 sprach das Nationalratsbüro gleich gegen fünf Nationalräte einen Verweis aus. Auslöser für diese Häufung von Indiskretionen war eine Aussage des damaligen Bundespräsidenten Pascal Couchepin. Er hatte an einer Sitzung der Wissenschaftskommission «Mörgele» statt «Mengele» gesagt, worauf neben SVP-Nationalrat Christoph Mörgele selber auch seine Parteikollegen Oskar Freysinger und Lieni Füglistaller sowie die CVP-Mitglieder Jacques Neyrinck und Kathy Riklin Informationen über die Sitzung an die Öffentlichkeit trugen. Sie kamen aber glimpflich davon; der Nationalrat hiess ihre Einsprachen ge-

gen die Verweise gut. Gleichzeitig und mit gleichem Resultat entschied er auch im Fall der Gewerkschafter Hugo Fasel und Paul Rechsteiner, die den Entscheid einer Kommission publik machten, bevor diese ihn selber kommunizierte.

Die Söhne informiert

Nach jenen Entscheiden haben sich die Ratsbüros mit Verweisen zurückgehalten. Wie Parlamentssprecher Mark Stucki sagt, wurden seither keine mehr ausgesprochen. Dies gilt auch für den jüngsten Fall, über den das Nationalratsbüro beriet: Der Freiburger SVP-Nationalrat Jean-François Rime hatte in einem Interview erklärt, er rufe jeweils seine Söhne an, wenn er in der Wirtschaftskommission gewisse Informationen erfahre. Nach einer Anhörung von Rime entschied das Büro, auf ein Verfahren zu verzichten.

Ob sich das Büro des Nationalrats auch im Fall Markwalder Zurückhaltung auferlegt, zeigt sich frühestens am 1. Juni. Dann findet die nächste Sitzung

des Ratsbüros statt. Zumindest theoretisch kann sich ein Parlamentarier strafbar machen, wenn er geheime Informationen veröffentlicht. Das Parlamentsgesetz hält dazu fest, dass das Amtsgeheimnis auch für Parlamentsmitglieder gilt, sofern «Informationen zur Wahrung überwiegender öffentlicher oder privater Interessen geheim zu halten oder vertraulich sind».

Eine Strafverfolgung wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses setzt allerdings voraus, dass das Parlament die Immunität des betreffenden Politikers aufhebt. Auch hier zeigt es sich zurückhaltend: Nachdem die Geschäftsprüfungskommission SVP-Nationalrat Toni Brunner 2007 wegen einer mutmasslichen Verletzung des Amtsgeheimnisses angezeigt hatte, verweigerte der Ständerat seine Zustimmung zu einer Strafverfolgung. Noch gar nie ausgesprochen seit dem Inkrafttreten des Parlamentsgesetzes wurde die schärfere der beiden Disziplinarmaßnahmen, der Kommissionsausschluss.

Walter Müller muss Reisekosten doch selber zahlen

Die FDP rügt ihren Nationalrat Walter Müller, weil er sich zu einer Reise nach Kasachstan einladen liess. Nun muss er die Kosten nachträglich zahlen.

Daniel Foppa

Es kommt selten vor, dass eine Partei einen eigenen Nationalrat öffentlich abmahnt. Gestern musste dies der St. Galler FDP-Nationalrat Walter Müller hinnehmen. Der Grund: Müller liess sich 2014 zusammen mit dem abgewählten SVP-Nationalrat Christian Miesch auf eine PR-Reise in die kasachische Hauptstadt Astana einladen. Organisiert hat die Reise Marie-Louise Baumann von Burson-Marsteller, die Bezahlung besorgte Asat Peruaschew, Chef der regimennahen Partei Ak Schol. Laut Empfehlung der Ratspräsidenten sollten Parlamentarier Einladungen nur annehmen, wenn sie die Reisekosten selber tragen. Müller wurde deshalb gemäss FDP-Communiqué «von der Parteileitung gerügt und zur Einhaltung der Empfehlungen angehalten». Laut Parteichef Philipp Müller habe man Walter Müller aufgefordert, die Kosten nachträglich zu bezahlen. Müller habe eingewilligt. Wie er auf Anfrage erklärte, zahle er 1540 Franken für den Flug und 640 Dollar für vier Übernachtungen nach. Er werde Burson-Marsteller beauftragen, das Geld den entsprechenden Stellen zu überweisen. Die Jusos wollen Müller derweil wegen Vorteilsnahme im Amt bei der Bundesanwaltschaft anzeigen.



Walter Müller.

Weiter will die FDP, dass Burson-Marsteller und Baumann alles tun, um «aufzuzeigen, welche Interessen sie, beziehungsweise ihre Auftraggeber, verfolgen». Dazu sollen sie alle Dokumente im Zusammenhang mit der Affäre offenlegen. Zudem fordert die Partei alle Fraktionsmitglieder auf, bis zur Klärung des Falls bei der Zusammenarbeit mit Burson-Marsteller «höchste Zurückhaltung an den Tag zu legen». Die FDP begrüsst es explizit, dass Nationalrätin Corina Eichenberger den an Baumann vergebenen Badge zurückgefordert hat.

Wasserfallen ändert nichts

Der einzige FDP-Parlamentarier, der damit weiterhin einer Burson-Marsteller-Vertreterin Zutritt zum Bundeshaus verschafft, ist Christian Wasserfallen: Einer seiner beiden Badges geht an Lebenspartnerin Alexandra Thalhammer, Senior Consultant bei Burson-Marsteller. Ohnehin pflegt Wasserfallen gute Beziehungen zu Burson-Marsteller: Die Agentur führt seinen operativen Wahlkampf, und auch die Geschäftsstelle des Nuklearforums, in dessen Vorstand Wasserfallen sitzt, wird von Burson-Marsteller geleitet. Wasserfallen will daran trotz der Aufforderung seiner Partei nichts ändern. «Ich habe nichts mit dem Fall Markwalder zu tun», sagt er. Ebenfalls nichts ändern will CVP-Parteipräsident Christophe Darbellay. Er vergibt einen Zutrittsbadge an Tim Frey. Der ehemalige CVP-Generalsekretär ist heute Leiter Public Affairs und Mitglied der Geschäftsleitung bei Burson-Marsteller.

Deren CEO Matthias Graf teilte gestern mit, man wolle den Fall «lückenlos» aufarbeiten und habe eine interne Untersuchung eingeleitet. Gegen die betroffene Mitarbeiterin würden Schritte in Betracht gezogen, sollte sie Standards zu Transparenz und Mandatsführung oder gar Gesetze verletzt haben. Bis zur Klärung des Falls gelte die Unschuldsvermutung. Am 1. Juni wird auch das Büro des Nationalrats den Fall überprüfen. Es wird sich insbesondere mit der Weitergabe vertraulicher Akten aus der Aussenpolitischen Kommission befassen. Markwalder übergab die Dokumente Baumann - die sie ihren Auftraggebern in Kasachstan weiterreichte.